



Berlin, 16.08.2013

## Parteienbefragung zur „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung

Anlässlich der Bundestagswahl befragte der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik alle im Bundestag vertretenen Parteien zu ihrer Position zur Gentechnik-Kennzeichnung von Lebensmitteln. Die vollständigen Fragen des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik und die kompletten Antworten der Parteien:

Frage 1 VLOG: Eine Erweiterung der EU-Kennzeichnungsvorschrift auf Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert worden sind, ist derzeit politisch nicht durchzusetzen. Halten Sie die deutsche "Ohne Gentechnik"-Kennzeichnung von Lebensmitteln vor diesem Hintergrund für sinnvoll, um Verbrauchern mehr Wahlfreiheit beim Einkauf zu ermöglichen?

**Antwort CDU/CSU:** Ja, CDU und CSU erachten das Siegel „Ohne GenTechnik“ für ein wichtiges Instrument, um die Wahlfreiheit der Verbraucher zu sichern. Es war die unionsgeführte Bundesregierung, die dieses Zeichen eingeführt hat. CDU und CSU haben auch im Regierungsprogramm 2013 bis 2017 unmissverständlich gefordert: „Verbraucher sollen auch wissen, ob Lebensmittel mit gentechnischen Verfahren erzeugt worden sind.“ Das „Ohne GenTechnik“-Siegel schließt die Lücke zur EU-Gentechnik-Kennzeichnung, die ausweist, wenn ein Lebensmittel gentechnisch veränderte Bestandteile enthält, die aber zum Beispiel nicht die Fütterung mit gentechnisch gezüchteten Futterpflanzen in der tierischen Produktion umfasst. Mit Hilfe des Logos sind Produkte ohne Gentechnik klar für Verbraucher erkennbar. Das einheitliche Siegel hat einen hohen Wiedererkennungswert und gibt dem Verbraucher durch seine Glaubwürdigkeit Sicherheit. Darüber hinaus treten wir im Interesse der Transparenz und der Klarheit für die Verbraucher weiterhin für die sogenannte Prozesskennzeichnung in der EU ein.

**Antwort SPD:** Ja. Wie Sie wissen, hat die SPD die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung durchgesetzt – gegen große Widerstände aus der CDU/CSU. Während der Großen Koalition hatten wir gegenüber Bundesminister Seehofer die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung zur Bedingung gemacht für Verhandlungen über die von der CDU/CSU angestrebte Gentechnikgesetznovelle. Auch das einheitliche Logo haben wir damals schon gefordert. Das wurde aber erst unter Bundesministerin Aigner umgesetzt. Zudem haben wir immer wieder eine breite Informationskampagne für die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung gefordert. Diese ist leider bis heute nicht umgesetzt worden. Solange eine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte auf EU-Ebene nicht durchsetzbar ist, ermöglichen nur Bio-Produkte und „ohne Gentechnik“-Produkte den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Verzicht auf Agrogentechnik. Dass Bedarf besteht beweisen die anhaltend hohe Ablehnung gegenüber der Agrogentechnik von um die 80% der Verbraucher – und der Erfolg der „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung.

**Antwort FDP:** Nein. Wir wollen dem mündigen Verbraucher die notwendigen Informationen für eine freie und fundierte Entscheidung für Einkauf und Ernährung zur Verfügung stellen. Deshalb möchten wir eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter, bei deren Produkten an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Das gilt auch für die Fütterung lebensmittelliefernder Tiere. Nur so ist eine vollständige Aufklärung des Verbrauchers möglich. Dabei muss die Kennzeichnung verarbeiteter Produkte praktikabel bleiben.

**Antwort DIE LINKE:** DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir befürworten möglichst strenge und damit umfassende Kennzeichnungspflichten. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Produkte von Tieren, die mit gv-Futtermitteln gefüttert wurden, gekennzeichnet werden müssen. Die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“ unterstützen wir. Sie ist ein erreichbarer Kompromiss in die richtige Richtung und ermöglicht mehr Transparenz. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit erhalten, risikoorientierte Entscheidungen zu treffen und dadurch die gv-Anbauflächen (im globalen Süden) zu reduzieren. Die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung sollte aber weiterentwickelt, beispielsweise die Übergangsfristen der Fütterungszeit mit gv-Futtermitteln verringert werden.

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** JA. Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch ist sie im Tierfutter, ohne dass dies für die Verbraucher zu erkennen wäre. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik“ umgehend durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. Dann können die VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen wollen.

Frage 2 VLOG: Die Bundesrepublik Deutschland ist Inhaberin der Markenrechte für das einheitliche "Ohne GenTechnik" Siegel. Sollte die Bundesregierung die Bekanntheit des Siegels bei Verbrauchern steigern und wenn ja mit welchen Maßnahmen?

**Antwort CDU/CSU:** Die unionsgeführte Bundesregierung tut viel, um das „Ohne GenTechnik“-Siegel bekanntzumachen. 2009 hat Bundesministerin Ilse Aigner das Logo der Öffentlichkeit vorgestellt. Es finden sich zahlreiche Informationen auf der Internetseite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Zeichen. Erst im Mai 2013 hat das Ministerium eine neue Broschüre „Lebensmittel und Gentechnik“ mit zahlreichen Informationen über die Kennzeichnung herausgegeben. Darin wird das „Ohne GenTechnik“-Siegel ausführlich vorgestellt und erklärt. Ministerin Aigner und die Staatssekretäre im Ministerium weisen regelmäßig in ihren Reden und ihrer Pressearbeit auf das Zeichen hin. CDU und CSU werden auch weiterhin in Regierungsverantwortung auf die „Ohne GenTechnik“-Kennzeichnung hinweisen. Zudem ist es aber auch gerade die Aufgabe des Verbands Lebensmittel Ohne Gentechnik (VLOG), die Verbreitung der „Ohne GenTechnik“-Kennzeichnung und die dazugehörige Verbraucherinformation zu fördern. CDU und CSU sehen positiv, dass das Siegel in der Wirtschaft und bei den Verbrauchern angekommen ist und mit deutlich über 100 Lizenznehmern wachsenden Zuspruch findet.

**Antwort SPD:** Ja. Mit einer groß angelegten öffentlichen Informations- und Aufklärungskampagne, bei deren Entwicklung auch Verbraucherverbände, Verbraucherbeforschung und VLOG beteiligt werden sollten.

**Antwort FDP:** Nein, siehe Frage 1. Das Siegel „ohne Gentechnik“ ersetzt in unseren Augen nicht die notwendige Prozesskennzeichnung.

**Antwort DIE LINKE:** Ja. DIE LINKE im Bundestag hat in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, dass eine Informationskampagne für das „Ohne-Gentechnik-Siegel“ gestartet werden muss. Sie sollte sich an der damaligen Ökosiegel-Kampagne im Rahmen des BÖL orientieren.

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** JA. Die bisherige Strategie von Bundesministerin Ilse Aigner, ein solches Siegel zwar in die Welt zu setzen, aber kaum bekannt zu machen, war halbherzig und inkonsequent. Nette Pressefotos mit dem deutschen „ohne Gentechnik“ Siegel und einer lächelnden Ministerin sollten darüber hinwegtäuschen, wie gentechnikfreundlich sich Aigner in Brüssel verhalten hat, wo sie während ihrer Amtszeit reihenweise Importzulassungen für Gentech-Pflanzen durchgewunken hat. Das „ohne Gentechnik“ Siegel verdient mehr Bedeutung als nur diese Feigenblatt-Funktion. Deshalb muss dieses Qualitätszeichen endlich durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden, ähnlich der Einführung des deutschen Biosiegels. Dafür wollen wir zwei Millionen Euro jährlich bereitstellen.

Frage 3 VLOG: In den Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA werden die Zulassungsbestimmungen für gentechnisch veränderte Pflanzen ein strittiges Thema sein. Wird Ihre Partei ihren Einfluss auf EU-Ebene geltend machen, um zu verhindern, dass europäische Standards zugunsten des von den USA eingeforderten erleichterten Marktzugangs für gentechnisch veränderte Pflanzen aufgeweicht werden?

**Antwort CDU/CSU:** Ja, CDU und CSU werden sich dafür einsetzen und ihren Einfluss geltend machen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat dies persönlich zugesagt. Eine von CDU und CSU geführte Bundesregierung wird darauf achten, dass die hohen Standards der Europäischen Union beim Umwelt-, Klima- sowie Verbraucherschutz durch das Abkommen nicht in Frage gestellt werden.

**Antwort SPD:** Ja. Wir werden an unseren hohen Verbraucherstandards festhalten. Voraussetzung für die Verhandlungen muss sein, dass diese nicht unterschritten werden. Das umfasst auch unsere Standards im Bereich Gentechnik. Wir wollen Markttransparenz und Wahlfreiheit für die Verbraucher, d.h. gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen unbedingt gekennzeichnet sein. Laut Umfragen aus den USA beneiden uns die amerikanischen Verbraucher um diese Kennzeichnung. Keinesfalls sollten Zulassungen aus den USA automatisch auch für die EU gelten, denn die dort geltenden Standards sind niedriger. Aber auch auf EU-Ebene wollen wir eine Überarbeitung des Zulassungsverfahrens für GVO, es muss konsequent dem Vorsorgeprinzip folgen und transparent und demokratisch werden.

**Antwort FDP:** Die Angst vor einer „Invasion“ gentechnischer Produkte ist nach unserer Ansicht völlig unbegründet. Gentechnik ist bereits Alltag. Ob in Geldscheinen oder T-Shirts, in Käse aus mikrobiellem Lab oder bestimmten Medikamenten, überall findet sich bereits jetzt diese moderne Technologie. Allerdings wird mit einem Freihandelsabkommen mit den USA künftig gelten, dass importierte Gentechnikprodukte eine europäische Zulassung benötigen. Ebenso bleiben europäische Standards und Kennzeichnungspflichten erhalten.

**Antwort DIE LINKE:** DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU aus vielfältigen Gründen ab. Besonders kritisch sehen wir dabei den Ernährungs- und Agrarbereich und befürchten einen Abbau des in der EU etablierten vorsorgenden Verbraucherschutzes. Daher haben wir – wie beim Kulturbereich – die Herausnahme dieses sensiblen Bereiches vom Verhandlungsmandat gefordert. Selbstverständlich werden wir alle in der EU zu Recht strengen Vorgaben im Umwelt-, Verbraucher- und Chemikalienrecht verteidigen, dazu gehört auch die Risikotechnologie Agro-Gentechnik.

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** JA. Für uns GRÜNE ist das europäische Vorsorgeprinzip ein Kernprinzip umwelt- und verbraucherschutzorientierter Politik, das durch das Abkommen keinesfalls ausgehebelt werden darf. Die grüne Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft nur mit starken Standards“ dazu auch im Bundestag klar Stellung bezogen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/139/1713925.pdf>). Darin fordern wir: „Die europäischen Zulassungs-, Kennzeichnungs-, Rückverfolgbarkeits- und Koexistenzvorschriften für gentechnisch veränderte Organismen stellen keine Verhandlungsmasse dar, auch nicht im Rahmen inoffizieller Vereinbarungen oder veränderter „Verfahrensanweisungen“. Im Falle der Regierungsverantwortung werden wir in der Lage sein, den weiteren Verlauf der Verhandlungen maßgeblich zu beeinflussen. Die Grünen im Europäischen Parlament, im Bezug auf die Agrogentechnik, federführend der deutsche MdEP Martin Häusling, setzen sich ebenfalls mit dem größtmöglichen Engagement für die genannten Ziele ein.